

Bremen diskutiert hitzig: Handynutzung in Grundschulen umstritten!

Die Bremer Bürgerschaft hat am 27. Februar 2025 ein generelles Handyverbot an Grundschulen abgelehnt, trotz CDU-Forderungen.



Bremen, Deutschland -

Die Bremische Bürgerschaft hat einen Antrag der CDU abgelehnt, der ein generelles Verbot von Handys an Grundschulen gefordert hatte. Die Abstimmung brachte eine klare Zustimmung für die derzeitige Handhabung der Handynutzung, wobei SPD, Grüne und Linke gegen den Antrag der CDU stimmten. Diese Fraktionen argumentierten, dass es keine Regelungslücke gebe und ein Verbot der Handynutzung Sache der Schulen selbst sei. Die Bremer CDU hingegen erklärte, dass Handys im Unterricht und während der Pausen nicht genutzt werden sollten, es sei denn, es liegt eine

ausdrückliche Erlaubnis der Lehrkräfte oder ein Notfall vor. Laut der CDU lenkten Handys ab und störten die Konzentrationsfähigkeit sowie das soziale Miteinander der Schüler.

Bündnis Deutschland äußerte seine Unterstützung für den Antrag, während alle anderen Fraktionen ihn ablehnten. Die Diskussion um ein Handyverbot an Schulen wird auch durch Aussagen von Karin Prien, der stellvertretenden CDU-Parteivorsitzenden und Bildungsministerin von Schleswig-Holstein, untermauert. Prien fordert, dass die private Nutzung von Handys an Grundschulen nicht erlaubt sein sollte, um einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien zu fördern. Sie sieht besonders die Notwendigkeit, Kinder aus bildungsfernen oder armutsgefährdeten Familien zu unterstützen und auf die Gefahren hinzuweisen, die Handys für Kinder darstellen können, wie Zugang zu Gewaltvideos und sozialen Medien.

Forderungen zur Reduzierung der Handynutzung

Karin Prien sprach sich bei einer Pressekonferenz zum Schuljahresauftritt für 2023/24 dafür aus, die private Handynutzung in Schulen einzuschränken, um die Lesekompetenz und die mathematischen Fähigkeiten der Schüler durch zusätzliche Unterrichtszeit zu fördern. Diese Maßnahmen sind Teil des Kinderzukunftspakets, das die Lebensrealität von Kindern in Deutschland verbessern soll. In Schleswig-Holstein wurde bereits eine tägliche Lesezeit von 20 Minuten in allen Fächern eingeführt, um dem Rückgang der Lesekompetenz entgegenzuwirken.

Mittlerweile verbrachten junge Menschen in Deutschland durchschnittlich 36,9 Stunden pro Woche mit ihren Smartphones, was die Diskussion über ein Handyverbot an Schulen zunehmend intensiviert. Verschiedene Studien zeigen, dass ein Verbot in einigen Ländern wie England und den

Niederlanden positive Effekte auf die Lernergebnisse hatte, während in Deutschland weiterhin kontroverse Meinungen zu den Auswirkungen eines solchen Verbots bestehen, wie auch **tagesschau.de** berichtete.

Prien appelliert an Eltern, als Vorbilder zu agieren und die private Handynutzung während des Unterrichts und in Pausen zu reduzieren. Ihre Forderung unterstreicht die Notwendigkeit eines schützenden Umfelds an Schulen, um Schüler vor digitalen Gefahren zu wahren, wie **cdu.de** betonte.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Bremen, Deutschland
Quellen	• www.tagesschau.de • www.cdu.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de